

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	42. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. September 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

22.

Punkt 22 der Tagesordnung: Auflagen beim Verkauf von Nahrungsmitteln auf (Straßen)Festen

Antrag: SPD

Vorlage: 2017/0496

Beschluss:

Verwiesen in den Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 22 zur Behandlung auf und verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Wir wollen unseren Antrag exemplarisch verstehen, um aufzuzeigen, dass durch die Vielzahl von Auflagen und Bestimmungen, letztendlich auch von Gebühren, es ehrenamtlich aktiven Gruppen zunehmend schwerfällt ihre Aktivitäten umzusetzen. Wenn wir die Vielfalt der Angebote auf unseren Festen weiter aufrechterhalten wollen, aus unserer Sicht müssen wir das, brauchen wir hierfür eine Antwort. Aus diesem Grund würden wir uns hier eine vertiefte Diskussion wünschen. Wir könnten uns vorstellen, dass man einen Leitfaden oder auch eine Art Netzwerk auf den Weg bringt, in dem ehrenamtlich Aktiven Möglichkeiten aufgezeigt werden, eben diesen Auflagen gerecht zu werden. Es geht nicht darum, dass man Hygienevorschriften in irgendeiner Form umgeht, das sind eben gesetzliche Bestimmungen. Uns ist durchaus bewusst, dass eine Vielzahl städtischer Mitarbeiter, gerade auch von der Lebensmittelkontrolle, gelegentlich auch mal ein Auge zudrückt. An der Stelle im Namen der Ehrenamtlichen vielen Dank, aber es hilft nichts. Unsere ehrenamtlichen Strukturen kämpfen zunehmend mit diesen Auflagen, und hier würden wir uns eine Antwort wünschen, weil wir da die Verantwortlichkeit der Gemeinderäte sehen.

Stadtrat Maier (CDU): Die Gesundheit der Verbraucher steht an oberster Stelle, aber auch uns erreichen, wie der Kollege Fechler ausgeführt hat, immer wieder Klagen von Vereinen, die mit ihren Ehrenamtlichen bei Straßenfesten mit überbordenden Regeln negativ getroffen werden. Deshalb grundsätzlich Zustimmung zur Intension des Antra-

ges, und deshalb auch unsere Freude über die Antwort, dass bei Vereins- und Straßenfesten die Anforderungen schon reduziert gelten, das begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings sollte man in dem Zusammenhang nicht ganz vergessen, es muss immer wieder das Spagat erwähnt und bedacht werden, dass die reguläre Gastronomie ein Stück weit darunter leidet, von daher ist das Wort Spagat nicht unbedacht gewählt. Wir gehen davon aus, dass dieses Thema noch nicht ganz zu Ende ist und so habe ich jetzt auch den Kollegen verstanden, und auch wir würden schauen, dass wir das im Ausschuss noch mal vertieft behandeln.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Am Samstag war ich auf dem Markt auf dem Gutenbergplatz und bin einmal von der Sophienstraße bis zum Brunnen durchgelaufen. Ich musste über zwölf Kabel laufen. Allerdings habe ich auch nicht bemerkt, dass es ein Problem wäre. Aber bei dem Fest für Völkerverständigung geht man scheinbar davon aus, dass es sich um Menschen handelt, die ständig stolpern, weil da die Vorschrift lautete, dass da nicht nur Gummimatten über die Leitungen gelegt werden müssen, sondern es mussten richtig teure Schellen, die zehn Zentimeter hoch sind, verlegt werden, und darüber könnte man leichter stolpern. Noch vor zwei Jahren war es für die Verwaltung beim Fest der Völkerverständigung in Ordnung, das heiße Wasser von Glühweinzubereitern mit Thermostat, zum Händewaschen zu benutzen. Letztes Jahr hieß es, jeder Stand muss ein eigenes Handwaschbecken anschaffen, Kostenpunkt vierhundert bis tausend Euro. Das hat dazu geführt, dass viele Stände nicht mehr dabei sind, also von vierundzwanzig Essensständen nur noch dreizehn geblieben. Dann hieß es, man könnte diese Becken mieten, was sich aber als nicht richtig herausgestellt hat, weil die Firma die Auskunft gegeben hat, man müsse Mitglied sein und regelmäßig diese Becken mieten.

Das alles hat dazu geführt, dass das Fest der Völkerverständigung sich als bedroht ansieht, immer mehr Stände abnehmen und nicht nur bei diesem Fest. Das kann es doch nicht sein, gerade in der heutigen Zeit. Es muss doch darum gehen, die Lebendigkeit von solchen Festen zu erhalten. Dazu gehören klare Regeln und nicht widersprüchliche. Jetzt hat die Verwaltung gesagt, es könnten sich mehrere Stände zusammen ein Handwaschbecken teilen, die Auskunft hatte aber ursprünglich anders gelaute. Dieses Hin und Her ist für Ehrenamtliche absolut schwierig und wir wollen, dass solche Feste erhalten bleiben und unterstützen deswegen den Antrag der SPD und wünschen uns von der Verwaltung Klarheit, sich das Ganze noch mal anzuschauen und die Vorschriften zugunsten der Ehrenamtlichen ausulegen.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Ich habe mir tatsächlich diesen Leitfaden vom Land durchgelesen, auf den in der Stellungnahme Bezug genommen wird, und ja, da gibt es ein sehr schönes Bild, was das Land so hat und wie Verkaufsstände auszusehen haben und da ist die Vorstellung von klassischen gewerblichen Verkaufsständen. Wenn ich jetzt aber in der Stadt über irgendein Fest laufe, sei das, Das Fest, wenn auf dem Campus Kuchen, Glühwein oder Waffeln verkauft werden, oder ein Kuchenverkauf bei einem Schulfest, beim Oststadtfest oder in der Nordweststadt, beim Westwindfestival oder bei der Badischen Meile, habe ich noch nirgendwo gesehen, dass überall an allen Ständen diese Auflagen erfüllt werden. Es ist auch gar nicht sinnvoll, weil man das bei vielen Ständen gar nicht braucht. Wenn ich jetzt bei einem Stand Bananen aushändige, und alle sich vorher die Hände waschen, und dann noch Einmalhandschuhe tragen, warum brauchen die dann noch ein Waschbecken? Oder warum muss alles auf einem befestig-

ten Untergrund sein? Wiese ist kein befestigter Untergrund, aber auf dem Fest stehen überall Wagen auf der Wiese, und das hat auch noch niemand irgendwie angeschwärzt, dass das jetzt nach diesem Leitfaden nicht gehen würde. Also der Leitfaden hat eine gewisse Zielsetzung und die ist durchaus löblich, aber das in der Strenge quasi überall anwenden zu wollen, das finde ich etwas realitätsfern. Wenn ich jetzt irgendwie daran denke, einen Kuchenstand vom Lessinggymnasium beim Westwindfestival aufzubauen, dass da alle Auflagen erfüllt werden müssen, dann gute Nacht, dann bekomme ich die schönen bürgerlichen Feste wirklich nicht mehr zusammen.

Stadtrat Jooß (FDP): Unsere Beschicker der Plätze, Freiwilligen und unsere Ehrenamtlichen, die sehen jetzt mal, mit was wir es im Gewerbe zu tun haben. Wir sind überbordert mit Forderungen, mir Vorschriften, Hygienevorschriften, Deklaration und, und, und. Unser Oberbürgermeister weiß das, er hat schon mitbekommen, wie das alles ist, natürlich haben unsere Vereine damit Probleme, und es kommt natürlich darauf an, wer vom KOD unterwegs ist. Ich denke, da kann man doch etwas flexibler sein, um das zu sagen und nicht stur durchgehen. Wer wie ich in Krasnodar war, kann dort mal zuschauen, wie es dort geht, da könnte man hier nur lernen.

Der Vorsitzende: Ich habe rausgehört, dass Sie das noch mal im Ausschuss besprechen wollen. Wir bringen Ihnen dann mal ein paar Bilder vom Fest der Völkerverständigung mit, insofern, verwiesen in den Gesundheitsausschuss. Ich bitte Sie aber ein bisschen zu überlegen. Auf der einen Seite sollen wir geltendes Gesetz nicht richtig umsetzen, weil es Ehrenamtliche sind, auf der anderen Seite sollen wir die auch noch beraten, wie sie es richtig machen können. Wenn wir dann aber feststellen, sie können es gar nicht, dann verzichten wir wieder darauf. Ich verstehe so einen Leitfaden des Ministeriums so, dass er darstellt, wie es nach Recht und Gesetz nötig ist. Wenn es dann jemand an seinem Stand nicht so macht, lebt er in der Gefahr, dass es eben dann mit der Aufsicht Schwierigkeiten gibt.

Jetzt kann ich natürlich nicht mit den Festen, wo es offensichtlich keine Schwierigkeiten mit der Aufsicht gab, weil sie vielleicht schlichtweg nicht da war, für alle andern Feste argumentieren, wo es diese Schwierigkeiten gibt. Sondern da müssten Sie sagen, dass Sie Landes- oder Bundesgesetz ändern wollen, aber jetzt nicht die Aufgabe an uns abwälzen, jetzt hier für jeden ehrenamtlichen Kuchenstand die passende Lösung zu finden. Ich verstehe ihr Anliegen, aber ich glaube, dass wir mit der Zielsetzung so nicht klarkommen. Trotzdem können wir es gerne noch mal im Ausschuss vertieft beraten.

Ärgerlich ist, Frau Anlauf, wenn man unterschiedliche Auskünfte bekommt, da bin ich bei Ihnen, da denke ich können wir von den Erfahrungen reflektieren, warum das so passiert ist. Ansonsten bitte ich Sie, das was Ihnen an verschiedenen anderen Gesetzgebungen zu weit geht, die kommunale Verwaltung nicht zu beauftragen jetzt mal eben die Augen zuzudrücken, Lösungen zu finden, die dem Einzelnen möglich sind, aber gegen Gesetz verstoßen. So werden wir uns nicht beauftragen lassen können! Das haben Sie auch nicht gemeint, ich will nur einfach die andere Grenze darstellen, damit wir wissen, worüber wir reden. Diskutieren Sie es im Ausschuss, und wenn es dann eine Lösung gibt, wo wir dazu beitragen können, gerne. Aber jetzt ein ganzes Konzept zu erarbeiten, da müssten Sie erst mal einen Beschluss herbeiführen, aber das diskutieren wir im Ausschuss.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
16. Oktober 2017